

GROSSER RAT

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DFS/SK



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 44 / 383
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DFS/SK

Bericht der GFK-Subkommission DFS/SK zum Budget 2023 und zum Finanzplan 2024 - 2026

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK:

Präsident: Beat Rüedi, Kreuzlingen
Mitglieder: Martin Nafzger, Romanshorn
Denise Neuweiler, Zuben
Sabina Peter Köstli, Hüttwilen

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2023 und Finanzplan 2024 - 2026

Das Budget 2023 weist in der Erfolgsrechnung nach den Beratungen durch die GFK einen Aufwandüberschuss von 45,3 Mio. Franken auf. Es rechnet mit markanten Einnahmenreduktionen gegenüber den Vorjahren. Gleichzeitig schlagen sich zusätzliche neue Aufgaben im kantonalen Staatshaushalt nieder und führen zu einem erhöhten Aufwand. Erfreulich ist, dass sowohl das Haushaltgleichgewicht (§18 FHG) wie auch die Ausgabenstabilisierung (§ 19 FHG) trotz dem budgetierten Aufwandüberschuss eingehalten werden können.

In der Lohnfrage wurde das Budget des Regierungsrates, dessen Beratungen Anfang August abgeschlossen wurden, etwas von den Entwicklungen in der zweiten Jahreshälfte (Energieknappheit und -verteuerung, steigende Produktpreise und gegenüber den Vorjahren signifikant ansteigende Inflation auf geschätzte 3 % für das Jahr 2022) überholt. Es sollen daher nicht nur 1.5 % für generelle Lohnerhöhungen, sondern zusätzliche 0.5 % für individuelle Lohnanpassungen gesprochen werden.

Es sind 2023 erfreulich hohe Investitionen in der Höhe von 79,1 Mio. Franken geplant.

Im Finanzplan 2024 bis 2026 haben sich die Ergebnisse gegenüber der letzten Planung nochmals um bis zu 20 Mio. Franken verschlechtert. Die Erfolgsrechnungen zeigen Aufwandüberschüsse von knapp 50 bis 65 Mio. Franken auf. Im Finanzplan 2024 bis 2026 ist erstmals eine zusätzliche Steuerfusssenkung um 3 % auf total 8 % (umgesetzt per 1.1.2022) berücksichtigt. Im Budget 2023 wie auch im Finanzplan 2024 bis 2026 sind die zweifache Ausschüttung von total 43,2 Mio. Franken der Schweizerischen Nationalbank eingeplant. Der Personalaufwand soll sich gemäss Finanzplan gegen Ende der Finanzplanperiode analog zur Teuerungserwartung entwickeln. Es ist ein rückläufiger Sachaufwand geplant.

Das Volumen der Investitionsrechnung nimmt gegenüber der letzten Planung nochmals zu. Das Haushaltgleichgewicht kann mit der vorliegenden Planung im Planjahr 2026 nicht mehr eingehalten werden. Das Stabilisierungsziel kann im Finanzplan in zwei

Planjahren nicht eingehalten werden. Dem Rechnungsabschluss 2022 kommt bei diesen Beurteilungen besondere Bedeutung zu.
Es ist wieder so rasch als möglich ein ausgeglichener Staatshaushalt anzustreben.

Budget 2023 DFS

Gesamtergebnis Erfolgsrechnung gegenüber Budget 2022	- 2,4 Mio. Franken
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung gegenüber Rechnung 2021	- 130 Mio. Franken

Die riesige Differenz zur Rechnung 2021 lässt sich durch zwei Faktoren erklären:

1. Reduktion Staatssteuerfuss von 117 % auf 109 % per 1. Januar 2022
1 % Staatssteuern bedeuten Einnahmen in der Höhe von rund 6 Mio. Franken.
Die Steuerfussreduktion um 8 % hat somit Mindereinnahmen in der Höhe von 48 Mio. Franken (8 % x 6,0 Mio. Franken) zur Folge.
2. Anteil am Gewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB)
Im Budget 2023 ist die zweifache Ausschüttung mit 43 Mio. Franken eingestellt.
2021 floss eine sechsfache Ausschüttung der SNB. Dies entspricht einer Differenz von 86 Mio. Franken zum Budget 2023.

Die Differenz in diesen beiden Positionen gegenüber der Rechnung 2021 beträgt somit insgesamt 134 Mio. Franken (48 Mio. Franken Mindereinnahmen Steuerfussreduktion und 86 Mio. Franken Ausschüttung SNB).

Stellenetat

Das DFS beantragt 13.7 neue Stellen. Von den Ämtern wurden 19.6 Vollzeitstellen beantragt. Neun neue Stellen sind auf den Wechsel der Zuständigkeit von den Gemeindesteuerämtern zur Kantonalen Steuerverwaltung in der Quellensteuer zurückzuführen und damit auf eine vom Grossen Rat erheblich erklärte Motion. Vier neue Stellen im Gesundheitsamt sind in der Sanitätsnotrufzentrale 144 notwendig, damit auch in der Nacht eine Doppelbesetzung der Zentrale gewährleistet ist. Die diensthabende Person kann nicht zwei Notfalleinrufe parallel betreuen. Das Departement prüft die Integration der Sanitätsnotrufzentrale in eine grössere Organisation (St. Gallen oder Schutz & Rettung Zürich). Eine neue Stelle mit einem Pensum von 80 % wird im Bereich Rückforderung von unentgeltlichen Prozessführungen geschaffen. Diese Stelle ist vom Grossen Rat eigentlich bereits 2012 beschlossen, aber bisher vom Departement nie beantragt worden. Es wird mit signifikant höheren Mehreinnahmen als Kosten für diese Stelle gerechnet.

7110 - 7120 Personalamt

Die Regelung der Arbeitsweise im Homeoffice erfolgt in der Regel gestützt auf eine Vereinbarung. Homeoffice hat sich in den Ämtern und Betrieben sehr unterschiedlich etabliert. In Bezug auf das DFS besteht die Annahme, dass sich der Homeoffice-Anteil bei einem Beschäftigungsgrad von 100 % im Umfang von durchschnittlich 20 % bis 30 % etabliert hat.

Es bestehen im Moment 72 Langzeitabsenzen wegen Krankheit und Unfall, die im Case Management bearbeitet werden. Die Anzahl der Neuanmeldungen nimmt tendenziell leicht zu. Es wird zwischen somatischen und psychischen Leiden kategorisiert. Ende September 2022 sind rund 54 % aller Fälle auf psychiatrische Leiden zurückzuführen;

darin sind auch die sogenannten Burnouts sowie Doppelerkrankungen psychisch und somatisch enthalten. Eine Häufung der Fälle nach Departement oder Amt kann nicht festgestellt werden. Es besteht ein Lohnfortzahlungsanspruch von insgesamt 24 Monaten. Bei einem Unfall übernimmt die Suva als Versicherer die Kosten, bei Krankheiten der Kanton. Es besteht keine Taggeldversicherung, denn diese wäre teurer für den Kanton. Zudem möchten Versicherungen bei grösseren Kunden das Case Management selbst übernehmen.

7310 - 7360 Finanzverwaltung

Die Einnahmen aus Rückforderungen unentgeltlicher Prozessführungen sind steigend (2018: 595'000 Franken; 2021: 1,1 Mio. Franken).

Der Kanton Thurgau hat noch eine Staatsanleihe in der Höhe von 150 Mio. Franken ausstehend (Staatsrechnung 2021, S. 118). Sie hat eine Laufzeit von zehn Jahren bis zum 12. Juni 2025 und muss mit 0.375 % verzinst werden.

Das Konto 7320.4463.000 der Staatsrechnung beinhaltet folgende Dividenden aus AG-Beteiligungen:

- Schweizer Salinen AG + Selfin Invest AG	192'200 Franken
- Thurmed AG	2,0 Mio. Franken
- EKT Holding AG	7,5 Mio. Franken
- Anteil Kanton an AXPO-Dividende	4,0 Mio. Franken

Wenn die AXPO den Rettungsschirm in Anspruch nehmen würde, wäre die Ausschüttung einer Dividende an die Aktionäre und damit an die EKT Holding AG untersagt. Es wird nicht damit gerechnet, dass die Aktionäre der AXPO Holding AG diese nachfinanzieren müssen. Es gab offenbar nur einen kurzfristigen Liquiditätsengpass auf Grund der rekordhohen Energiepreise und der Notwendigkeit, Garantien an der Strombörse zu hinterlegen.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) verzeichnete in den ersten drei Quartalen 2022 einen Rekordverlust in der Höhe von 142 Mrd. Franken. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die SNB 2023 keine Gewinnausschüttung an die Kantone vornehmen wird. Die Staatsrechnung 2023 würde dies nicht belasten. Vielmehr würde ein tieferer als der budgetierte Betrag der Schwankungsreserve SNB von 150 Mio. Franken entnommen.

7410 - 7440 Steuerverwaltung

Der Stand der Veranlagungen der natürlichen Personen liegt aktuell rund 15 % unter dem langjährigen Durchschnitt. Personelle Abgänge führen zu Produktivitätsverlusten. Es sind relativ viele Stellen vakant in dieser Abteilung.

Die Steuerverwaltung budgetiert 2023 Informatikkosten in der Höhe von 9,4 Mio. Franken. Die notwendigen Unterhaltskosten sind auf veraltete Software einerseits und eine heterogene Applikationslandschaft andererseits zurückzuführen. Die drei wichtigsten Applikationen stammen aus den Jahren 1993, 1997 und 1999. Die heterogene Applikationslandschaft der Steuerverwaltung zusammen mit vier verschiedenen Bezugssoftwares für die Erhebung der Staats- und Gemeindesteuern auf den 80 Thurgauer Gemeinden setzen viele funktionierende Schnittstellen voraus, deren Unterhalt sich zunehmend als komplex und kostenintensiv erweist. Es werden diverse Digitalisierungsprojekte vorangetrieben, welche notwendig sind, aber weitere Kosten verursachen. Es gibt nur

zwei Hauptanbieter für die Entwicklung von Software für Steuerverwaltungen in der Deutschschweiz, nämlich KMS und Abraxas.

7530 - 7557 Amt für Gesundheit

Die detaillierten Massnahmen der Ausbildungsoffensive aufgrund der Pflegeinitiative sind noch nicht bekannt. Das Programm zur Nachwuchsförderung Pflege 25plus im Thurgau läuft seit 2012 und basiert auf einer je hälftigen Finanzierung durch die Betriebe und den Kanton für die Zusatzkosten über dem Ausbildungslohn (Budget Kanton 605'000 Franken für ca. 45 HF-Studierende und Hebammen; die Betriebe leisten den gleichen Beitrag). Die weitere, kantonale Umsetzung der Pflegeinitiative ist in Erarbeitung und wird abgestimmt auf die 2023 und 2024 in Kraft tretende Bundesgesetzgebung so rasch als möglich realisiert. Der Fokus wird dabei auf die Erhöhung der Attraktivität des Pflegeberufs gelegt. Die vorhandenen Fachkräfte sollen dem Pflegeberuf treu bleiben.

Finanzplan 2024 - 2026 DFS

Allgemein

Die Unsicherheiten auf der Ertragsseite (SNB, Ressourcenausgleich Bund, Entwicklung Steuereinnahmen) sind sehr gross und ermöglichen keine abschliessende Beurteilung zur Entwicklung der Staatsrechnung. Der Ausgabenentwicklung ist in den nächsten Budgets und Finanzplänen besondere Beachtung zu schenken.

Der grosse Anstieg der Staatsquote zwischen 2017 und 2021 von 9.76 % auf 11.01 % wird vom Regierungsrat auf Corona zurückgeführt. Der Finanzplan (Seite 3) zeigt, dass die Staatsquote in den Finanzplanjahren rückläufig ist. Es gilt, dies in den jeweiligen Budgetprozessen konsequent umzusetzen.

7610 - 7637 Sozialversicherungszentrum

Der Finanzplan sieht höhere Kosten für Ergänzungsleistungen vor. Zum einen sind die demografische Entwicklung (mehr Personen in Alters- und Pflegeheimen) und höhere Lohnkosten dafür verantwortlich. Zum anderen hat der Regierungsrat am 13. September 2022 beschlossen, die Verordnung zum Gesetz über Ergänzungsleistungen anzupassen und die maximal anrechenbaren Tagestaxen für Heimbewohner von 165 Franken auf 180 Franken zu erhöhen. Damit sollen die Kosten von 80 % der in Thurgauer Heimen wohnenden Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen voll gedeckt werden. Die Erhöhung dieser maximalen Tagestaxe hat Mehrkosten von jährlich rund 4,5 Mio. Franken zur Folge.

Budget 2022 SK

Allgemein

Der Gesamtaufwand der Staatskanzlei liegt im Budget 2023 rund 1,23 Mio. Franken höher als in der Rechnung 2021. Dafür verantwortlich sind ein höherer Personalaufwand und die eidgenössischen Gesamterneuerungswahlen im Herbst 2023. Mit dem höheren Aufwand ist auch noch 2024 (Gesamterneuerungswahlen Regierungsrat und Grosser Rat) zu rechnen. Danach dürften wieder zwei Jahre mit einem etwas tieferen Aufwand kommen.

2100 Staatskanzlei

In der Staatskanzlei laufen aktuell drei grössere Informatikprojekte, welche personelle und finanzielle Ressourcen binden:

1. Projekt „Neues Ergebnisermittlungssystem VOTING“ in der Regierungskanzlei
2. E-Voting mit einem Pilotbetrieb zunächst im Bereich der Auslandschweizerinnen und Auslandsschweizer im Rechtsdienst
3. Elektronisches Amtsblatt im Rechtsdienst

Eine neue Vollzeitstelle ist für das Datenmanagement in der Dienststelle für Statistik vorgesehen. Die Datenmenge steigt und wird zunehmend komplexer. Der Aufbau einer zukunftsgerichteten Datenarchitektur bei der Dienststelle für Statistik ist dringend notwendig. Ferner ist eine Erhöhung des Pensums in den Kanzleidiensten der Grossratskanzlei von 30 % vorgesehen.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale (BLDZ)

Eine Langzeitabwesenheit betrifft die BLDZ. Da die Stelle bis zum Ende der Lohnfortzahlungspflicht von zwei Jahren belegt ist und die Position dringend besetzt werden musste, war die Schaffung einer befristeten Stelle unerlässlich.

Finanzplan 2024 bis 2026 SK

Keine Bemerkungen

Kreuzlingen, 11. November 2022

Der Subkommissionspräsident:
Kantonsrat Beat Rüedi